

Annex A unterläuft Internationales Recht

Mitglieder der internationalen Schutztruppe in Afghanistan dürfen nicht an ein internationales Gericht ausgeliefert werden. Die Washington Post veröffentlichte am 20. Juni diese Immunitätsklausel aus der Annex A des Vertrags zwischen afghanischer Regierung und Schutztruppe, die im Widerspruch zum Abkommen über den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag steht. Vertreter der US-Regierung werfen den Europäern, die die Schutztruppe stellen, vor, mit zweierlei Maß zu messen: Den USA werde angekreidet, das Gericht in Den Haag zu bekämpfen, doch für ihre eigenen Soldaten versuchten auch die Europäer, Immunität zu erlangen.

Die Veröffentlichung der Annex-A-Klausel fällt zusammen mit dem Versuch der USA, im Weltsicherheitsrat für alle UN-Friedenseinsätze eine Immunität gegenüber der internationalen Strafgerichtsbarkeit durchzusetzen. Eine solche generelle Ausnahmeregelung wäre wohl das Ende der Glaubwürdigkeit des Den Haager Gerichts. Die Klausel der Annex A dagegen sei eine einmalige Ausnahme, so europäische Diplomaten, und stelle die Zusammenarbeit mit Den Haag nicht in Frage. Immerhin, notiert Spiegel-Online vom 25. Juni, betrifft die Klausel auch die Türkei, ein Land das, wie die USA, das Abkommen über den Strafgerichtshof nicht unterzeichnet hat.

Au travail, les femmes!

Selon le Ministre du Travail luxembourgeois, François Biltgen, au Grand-Duché tout va bien point de vue taux d'activité féminine. Ce dernier serait passé de 43,8 pour cent en 1996 à 50,5 pour cent en 2000, avait déclaré le ministre suite à la réunion de la coordination tripartite du 11 avril de cette année. La députée verte Renée Wagener voulait en savoir plus sur les chiffres actuels au Luxembourg et a adressé une question parlementaire au Ministre du Travail.

Selon les statistiques que le ministre évoque dans sa réponse, le taux d'activité féminine des âgées de 20 à 64 ans de l'an 2001 aurait été de 55,9 pour cent et le taux d'emploi de 54,5 pour cent. Le taux d'emploi mesure la participation à la vie économique et est représenté par la fraction de la population en âge de travailler ayant un emploi alors que le taux d'activité est le rapport dans une classe d'âge donnée. En ce qui concerne les femmes luxembourgeoises, les pourcentages étaient encore nettement plus bas. Cette semaine le Ministère de la Promotion féminine vient de lancer un nouveau spot de télé visant à sensibiliser les Luxembourgeois-es aux inégalités de salaire qui existent entre hommes et femmes au Grand-Duché.

HIV/AIDS: Prävention lässt nach

Wie in den anderen europäischen Ländern nimmt auch in Luxemburg das Bewusstsein ab, sich vor HIV/AIDS schützen zu müssen. Das bestätigte die Aidsberatung auf Anfrage der woxx. "Die Leute glauben, HIV sei heute kein großes Problem mehr", stellte zudem Dr. Jean-Claude Schmit vom Centre Hospitalier fest. Durch die nachlassende Prävention habe sich die Zahl der Neuinfektionen in den vergangenen zwei Jahren um fast 25 Prozent erhöht. Anders als in vielen europäischen Ländern, in denen der Drogenkonsum bzw. das gemeinsame Nutzen von Spritzbestecken ein wesentlicher Grund für die hohe Zahl an HIV-Infektionen darstellt, sei es hierzulande aber in erster Linie riskantes Sexualverhalten. "Das betrifft sowohl Hetero- als auch Homosexuelle", betonte Schmit. Beim Welt-Anti-Drogentag war HIV/AIDS sogar das Schwerpunktthema. Das "European Monitoring Centre for Drugs and Drug Addiction" (EMCDDA) begründete dies in einer Pressemitteilung mit Gewöhnungseffekten: Weil sich die Bevölkerung an gefährliche Zahlen gewöhnt habe, vergesse sie die Notwendigkeit der Prävention. Damit, so warnt das EMCDDA weiter, steige aber zugleich auch das Risiko für Heterosexuelle, sich zu infizieren.

BELVAL & CO

Risse in der Brachenfront

Minister Wolter hatte zur "Brachenoffensive" aufgerufen. Was fulminant begann, droht langsam ins Stocken zu geraten. Vor allem bei der Partizipation und beim Naturschutz tut sich wenig.

(roga) - Die trügerische Ruhe an der Front der "Brachenoffensive" von Minister Wolter scheint allmählich ihrem Ende entgegen zu schreiten. Nicht nur die Grünen und der Mouvement Ecologique machen in letzter Zeit auf Fehlentwicklungen aufmerksam.

Als erste gesetzgeberische Maßnahme steht vor der Sommerpause das parlamentarische Votum über das "Etablissement public Belval Ouest" an. Hier geht es immerhin um öffentliche Investitionen von über einer Milliarde Euro auf der ehemaligen ARBED-Brache, von der Rockhalle bis zur Uni Luxemburg. Im parlamentarischen Ausschuss hatte die LSAP eine Ausweitung auf die weiteren freistehenden Brachen, wie Terre Rouge, Ehleringen, Differdingen und Rodange vorgeschlagen. Derweil die Grünen eine repräsentativere regionale Präsenz im Verwaltungsrat einklagten (siehe woxx 642). Sämtliche Vorschläge wurde jedoch ohne viel Federlesens vom Innenminister untergebuttert, wobei einige Mehrheitsabgeordnete lieber anders votiert hätten. Berichterstatter Fred Sünnen (CSV) machte dabei eine wenig überzeugende Figur, hätte ihm doch als Bürgermeister von Sanem und Wortführer des Syndikats "ProSud" an der Berücksichtigung der Vorschläge gelegen sein müssen. Doch die CSV-MinisterInnen Wolter und Hennicot vertrauen lieber auf ihre Ma-



cher aus dem Bautenministerium: Baulöwe Fernand Pesch wird Vorsitzender des "Etablissement", für seinen Adjutanten Alex Fixemer ist der Posten des Direktors vorgesehen. Die können mit einem willigen Verwaltungsrat nach Lust und Laune schalten und walten, wie eben auf Kirchberg.

Doch selbst die öffentlichen Bauherren wurden bereits darüber belehrt, was ihnen bei der Zusammenarbeit mit privaten Trägern bevorsteht. Quasi in einem Handstreich, und ohne dass die Gemeinden Einblick in die Planung hatten, besetzte die Dexia-Bank ein Filetstück von Belval-West, zwischen der künftigen Uni und den Hochöfen. Wenn dieses Beispiel Schule macht, kann der urbanistische Entwurf des niederländischen Architekten Joe Coenen bald eingemottet werden.

Brachen-Warteschlange

Minister Wolter präsentierte dem parlamentarischen Bautenausschuss auch eine Übersicht über die weiteren Brachenprojekte. Hier ist außer Studieren noch nicht allzu viel probiert worden. Beim Crassier Ehlerange studiert das Wirtschaftsministerium die Ansiedlung von gewerblichen Betrieben, Endhorizont ist jedoch erst 2011. Auf "Terre Rouge" soll es zügiger vorgehen: Der Neubau des "Lycée Hubert Clement" soll so

schnell wie möglich in Angriff genommen werden, allerdings fehlen ein Nutzungskonzept, ein urbanistisches Konzept und ein Masterplan für die "Lentille Terre Rouge". In Differdingen, mit 150 Hektar immerhin die größte Brache, ist noch überhaupt kein Konzept in Sicht. Besonders hier stehen sich wirtschaftliche Interessen und Forderungen des Naturschutzes gegenüber. Ähnlich steht es mit der elf Hektar großen Brache in Rodange, die wohl eher multifunktional genutzt werden soll.

Beim letzten Projekt zeigt sich, dass selbst zurückhaltendere Organisationen wie die "Lëtzeburger Natur- a Vulleschutzliga" Wolters Aufruf zur öffentlichen Partizipation ernst nehmen. Ihre Petinger Sektion wies darauf hin, dass es in Rodange nicht bloß um die ausgewiesenen elf Hektar gehe, sondern um ein insgesamt 50 Hektar großes Gelände, das der lokalen Nutzung nicht entzogen werden sollte.

Die Umweltschutzorganisationen machen sich Gedanken um die natürlichen Freiräume, die im Goldrausch auf Belval und im postmodernen Architektenwahn auf der Strecke zu bleiben drohen. Übrigens gibt es da noch unzählige Hektar von ehemaligen Tagebaugeländen, die sich für einen grenzüberschreitenden Naturpark zwischen Rodange und Düldegen anbieten. Statt mit Unternehmern auf Wildschweipirsch zu gehen, sollte Landesplanungsminister Wolter die Wanderstiefel überziehen und diese einzigartige Landschaft erkunden. Auch der Naturschutz gehört zur Rekonversion der Industriebrachen.

700.000-EINWOHNER-DEBATTE

Geheimniskrämerei

Für ein nachhaltiges Wachstum sei es nicht zu spät, so eine neue Umweltstudie. Weitere Fehlplanungen, vor allem in der Verkehrs- und Wohnungspolitik, sind aber unbedingt zu vermeiden.

(ik) - Der Umweltminister Charles Goerens zeigte sich am vergangenen Mittwoch zuversichtlich. Die Zunahme der Bevölkerung müsse nicht als Fatalität hingenommen werden, sagte er auf einer Pressekonferenz. Eine vom Umweltministerium beim "Sustainable European research institute" (Seri) in Auftrag gegebene Studie zeige: Es gebe ausreichend Spielraum, um negativen Konsequenzen entgegenzuwirken.

Die Pressekonferenz hatte das Ministerium eiligst einberufen, nachdem die Grünen das bislang unveröffentlichte Papier vom Februar diesen Jahres vorzeitig publik gemacht hatten. Das 49 Seiten umfassende Dokument untersucht die ökologischen Aspekte der Zuwanderung und soll, so steht es in der Einleitung, "einen Beitrag zur Versachlichung der Debatte aus ökologischer Perspektive liefern". Aber warum liegt dieser erst mit drei Monaten Verspätung offiziell auf dem Tisch?

Claude Origer, Mitarbeiter des Umweltministeriums, beteuert zwar, man habe, anders als die Grünen unterstellten, keineswegs die Ergebnisse der Untersuchung geheim halten wollen. Allerdings wurde bisher kein Termin für eine Pressekonferenz gefunden. Doch seine ergänzenden Worte, man habe die Studie

in den Kontext der parlamentarischen Nachhaltigkeitsdebatte stellen wollen, macht deutlich: Die Zivilgesellschaft zählt nicht zu den ersten Adressaten des Umweltministeriums.

Dabei gibt die Studie den Umweltorganisationen und etlichen Bürgerinitiativen in vielen Punkten Recht: Auch wenn grundsätzlich die Zuwanderung nicht notwendigerweise zu einem erhöhten Ressourcen- und Umweltverbrauch führen und die Lebensqualität also nicht automatisch beeinträchtigt werden muss, so weiter wie bisher geht es auch nicht.

"Das derzeitige Zusammenwirken von Wirtschaftswachstum, Zuwanderung und Konsumgewohnheiten ist eindeutig nicht nachhaltig", heißt es unmissverständlich in der Studie. Bei ihren Berechnungen stützt sich die Untersuchung auf die so genannte "Ehrlich-Formel", $I = P \times A \times T$, die den Zusammenhang zwischen Bevölkerung (P), Wohlstandsniveau (A) und Technologie (T) untersucht. Danach kann mit einer erhöhten Öko-Effizienz der Wirtschaft, beispielsweise durch umweltverträglichere, energiesparende Technologien, der Umweltverbrauch trotz Wirtschaftswachstum gebremst werden.

Besonders miserable Noten bekommen zwei ohnehin seit

Jahren vehement kritisierte Politikbereiche, die Verkehrs- und die Raumpolitik. Die Studie hält fest: Das Verkehrsvolumen ist überproportional zum Wirtschaftswachstum gestiegen mit dem Effekt, dass auch die verkehrsbedingten Emissionen im Großherzogtum von 1990 bis 1998 mit 5,1 Prozent deutlich anstiegen. Der öffentliche Personentransport, wichtiges Instrument gegen den zunehmenden Autoverkehr, bringt der hiesigen Ökobilanz keine Erleichterung. Das Angebot sei zu unattraktiv und laut Autor Phillip Schepelmann eher "zur Abschreckung potenzieller Kunden" geeignet.

Nicht viel besser sieht es bei der Raumnutzung aus. Werden die begrenzt vorhandenen Flächen weiter so bebaut und genutzt, wie das in den 90er Jahren der Fall war, werden bis zum Jahr 2050 80 Prozent des Territoriums durch Verkehr und Wohnsiedlungen dicht sein.

All diese Erkenntnisse sind nicht wirklich neu. Dass der Umweltminister der Studie allerdings in erster Linie "einen pädagogischen Nutzen" zuschreibt, und die Regierung noch immer keine Gesamtstudie in Auftrag gegeben hat, nährt den Verdacht, dass die Regierung an ihrem zögerlichen Kurs in Sachen Nachhaltigkeit nicht viel ändern wird. Die Tatsache, dass das Papier überdies so lange in der Schublade liegen blieb, gibt denen Recht, die der Regierung schon jetzt vorwerfen, den Dialog mit der Zivilgesellschaft über Luxemburgs Zukunft bewusst zu blockieren (siehe Kommentar S. 8).

